

## **Sicherheit, Gesellschaft und Staat**

### **Ein Sonderprogramm der Gerda Henkel Stiftung**

Bedeutungsverlust und Entgrenzung des Staates sind ein Generalthema politischer und wissenschaftlicher Diskussionen über Sicherheitspolitik seit dem Ende des Kalten Krieges. „Zerfallende Staaten“ als Schutzzone für Terroristen, transnationale organisierte Kriminalität, Legitimitätsverlust und schrumpfende Handlungskompetenz in Konfliktgebieten lauten die Stichworte.

Gute Gründe sprechen für eine differenziertere Betrachtung: Sicherheitsprobleme sind vielschichtiger und dynamischer geworden. Sie sind angesiedelt in einem Kontinuum, das von militärischem Schutz bis zu funktionsfähiger Infrastruktur und tragfähigen gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen reicht. Der Staat wird nicht durchgehend unwichtiger in sicherheitspolitisch relevanten Feldern, teilweise gewinnt er sogar an Bedeutung.

Das Sonderprogramm „Sicherheit, Gesellschaft und Staat“ trägt diesen widersprüchlichen Entwicklungen Rechnung. Es will neue Problemzonen auf eine Weise in den Blick nehmen, die einerseits für die Sicherheitspolitik nach dem Ende des Kalten Krieges exemplarisch, andererseits in der einschlägigen Forschung bislang weniger beachtet worden sind. Jüngere Wissenschaftler sollen ermutigt werden, unkonventionelle aber zentrale Fragestellungen zu verfolgen. Erfahrene Forscher sollen die Gelegenheit erhalten, für eine begrenzte Zeit intensiv an einer Forschungsfrage zu arbeiten. Dabei geht es auch um die Verbindung von theoretischer Grundlagenforschung und Konzepten, die für die politische Praxis Bedeutung haben.

## **Das Sonderprogramm gliedert sich in fünf thematische Felder:**

1) *Cybersecurity als staatliche Aufgabe* – Die Entwicklung von Verteidigungs- und Angriffsfähigkeiten durch informationstechnologische Schadprogramme erfordert eine besondere Konzentration von Information, Aufklärung, Kompetenz und Ressourcen, die derzeit weder nicht-staatliche Akteure noch Bündnisse organisieren können, sondern nur Einzelstaaten. Andererseits wird die Herausforderung durch neue Technologien im Sicherheitsbereich nur durch gemeinsame Anstrengungen der Mitgliedsstaaten von Bündnissen kollektiver Sicherheit und durch politische Arrangements mit den wichtigsten Urhebern und Nutzern von Schadprogrammen zu bewältigen sein. *Im Forschungsfeld „Cybersecurity‘ als staatliche Aufgabe“ sollen Untersuchungen gefördert werden, die sich der widersprüchlichen Reaktivierung staatlicher Funktionen in künftigen Schlüsselbereichen der Sicherheitspolitik durch neue Technologien in fortgeschrittenen Informations- und Wissensgesellschaften widmen.*

2) *Öffentliche Verwaltung und Human Security* – Zur physischen Sicherheit von Menschen und Sachen leisten weite Bereiche der öffentlichen Ordnungs- und Leistungsverwaltung einen Beitrag. Die Relativierung des staatlichen Gewaltmonopols im Bereich Militär und Polizei ist daher nicht gleichbedeutend mit einem Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung, wie etwa die Verwaltungs- und Versorgungstätigkeit bewaffneter Gruppen in Bürgerkriegsgesellschaften zeigt. Andererseits kann es auch in stabilen Rechtsstaaten mit sehr leistungsfähigen Verwaltungen zu Sicherheitslücken kommen, wenn vorgesehene Kontrollen aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht greifen, Behörden nicht kooperieren oder Warnsignale missachtet werden. *Im Forschungsfeld „Öffentliche Verwaltung und Human Security“ sollen Untersuchungen gefördert werden, die sich der Leistung oder dem Versagen der öffentlichen Verwaltung außerhalb von Militär, Polizei und Justiz im Bereich sicherheitsrelevanter Funktionen widmen.*

3) *Konfliktlösungsmuster zwischen Staat und traditionellen Akteuren* – In Krisengebieten und Postkonflikt-Regionen können lokale zivilgesellschaftliche Akteure und traditionale Strukturen einen fördernden oder hemmenden Einfluss auf Prozesse der Konfliktschlichtung und nachhaltigen Befriedung haben. Ob die Koexistenz von Demokratie, Autokratie und verschiedener Formen der traditionellen Institutionen (chief systems, consensual systems) das friedliche Miteinander fördern oder gefährden, ist eine offene Frage. Wenn es um die Förderung regionaler Stabilität geht, macht es einen Unterschied, ob die Beziehung zwischen indigenen traditionellen und modernen westlichen politischen Institutionen in Krisenregionen als spannungsgeladen, wechselseitig paralysierend oder möglich-

erweise komplementär betrachtet wird. *Im Forschungsfeld „Konfliktlösungsmuster zwischen Staat und traditionellen Akteuren“ sollen Untersuchungen gefördert werden, die das Wechselverhältnis zwischen beiden Sphären in den Blick nehmen und damit einen Beitrag leisten zur Entwicklung realistischer sicherheitspolitischer Konzepte.*

4) *Nicht-staatliche Akteure als Partner und Konkurrenten des Staates* – In einem ungeklärten Spannungsverhältnis befinden sich staatliche und nicht-staatliche Akteure, wenn es um die Sicherung von Kernfunktionen von Regierung und Verwaltung geht. Nicht-Regierungsorganisationen als Agenda-Setter sind einerseits zu ernsthaften Konkurrenten der Nationalstaaten und ihrer Regierungen auch auf der internationalen Bühne geworden. Andererseits können sie Sicherheitsleistungen staatlicher Akteure stützen, die diese selbst nicht wahrnehmen können oder wollen, etwa im Bereich der Menschenrechtspolitik, der Flüchtlingspolitik, der Eindämmung intra-staatlicher Gewalt oder der Bewältigung von Bürgerkriegsfolgen. Internationale NGOs haben aber im Unterschied zu staatlichen Akteuren einen latenten Anreiz, als erprobte Krisenhelfer ‚im Geschäft zu bleiben‘. *Im Forschungsfeld „Nicht-staatliche Akteure als Partner und Konkurrenten des Staates“ sollen Untersuchungen gefördert werden, die sich dem Wechselverhältnis von produktiven und prekären Seiten der sicherheitsrelevanten Tätigkeit nicht-staatlicher Akteure widmen.*

5) *Sicherheitsstrategien zwischen Doktrinbildung und Implementation* – Zu den notorischen Problemen der Sicherheitspolitik gehört die Lücke zwischen strategischen Grundsätzen und deren Umsetzung. Während sich die fachlichen und politischen Diskussionen vor allem auf die Verflechtung internationaler und nationaler Sicherheitsfragen und die unzureichende Implementation in multilateralen Arrangements und nationalen Sicherheitsdoktrinen konzentrieren, wird die Angemessenheit der sicherheitspolitischen Doktrinbildung selbst eher vernachlässigt. Wie etwa das Spannungsverhältnis von „innerer“ und „äußerer“ Sicherheit tatsächlich beschaffen ist und wie es im internationalen Vergleich variiert, ist ebenso wenig beantwortet wie die Frage, wie sich der Prozess der Doktrinbildung überhaupt vollzieht und inwieweit wechselseitiges Lernen zwischen den Denkschulen der internationalen und der inneren Sicherheit tatsächlich stattfindet. *Im Forschungsfeld „Sicherheitsstrategien zwischen Doktrinbildung und Implementation“ sollen Untersuchungen gefördert werden, die das Spannungsverhältnis im Kontinuum von innerer und äußerer Sicherheit und die daraus folgende sicherheitspolitische Doktrinbildung im Wechselverhältnis mit der sicherheitspolitischen Praxis in den Blick nehmen.*

## **Fördermöglichkeiten**

Das Sonderprogramm wendet sich an Geistes- und Sozialwissenschaftler aller Disziplinen. In erster Linie können Mittel zur Durchführung von wissenschaftlichen Projekten beantragt werden, daneben auch für Konferenzen und Workshops. Promotionsstipendien werden im Rahmen des Förderschwerpunktes nur bei Einbindung in ein Forschungsprojekt gewährt.

Die Koordination erfolgt durch Wissenschaftler der Exzellenzcluster „Kulturelle Grundlagen von Integration“ an der Universität Konstanz und „Die Herausbildung normativer Ordnungen“ an der Universität Frankfurt a.M. und des King’s College, London. Über die Anträge entscheidet das Kuratorium der Gerda Henkel Stiftung auf der Grundlage einer Empfehlung von Fachgutachtern und Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats.

**Die Bewerbungsfrist endet am 16. Juli 2012.**

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage [www.gerda-henkel-stiftung.de](http://www.gerda-henkel-stiftung.de)

## **Gerda Henkel Stiftung**

Malkastenstraße 15

40211 Düsseldorf

Telefon: +49 (0)211 93 65 24 – 0

Telefax: +49 (0)211 93 65 24 – 44

info@gerda-henkel-stiftung.de

www.gerda-henkel-stiftung.de